

Kommunal relevant

Die AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Die Krise gemeinsam überwinden



Quelle: Statistisches Bundesamt, BMF (2009 Schätzung)

Für die Städte, Gemeinden und Kreise muss für das Jahr 2009 mit einem bundesweiten Haushaltsdefizit von circa 3,5 Mrd. € gerechnet werden. Die Ursache liegt vor allem an dem Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen von über -17 Prozent.

Angesichts der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist zu befürchten, dass im Jahr 2010 den Kommunen sogar ein Haushaltsdefizit von bis zu 11,5 Mrd. € entsteht. Schließlich sinken die konjunkturabhängigen Steuereinnahmen weiter und gleichzeitig steigen Ausgaben vor allem im sozialen Bereich. Die Krise wirkt sich damit in den Kommunen fast so gravierend aus, wie die schlimmsten Zeiten rot-grüner Miswirtschaft. Damals wiesen allein in den Jahren 2001 bis 2004 die Kommunalhaushalte ein durchschnittliches jährliches Defizit von über 5 Mrd. € auf – ohne globale Wirtschaftskrise.

Die Bundesregierung bekämpft die Krise gemeinsam mit den Kommunen. Mit dem Konjunkturpaket II unterstützt der Bund 2009 und 2010 Investitionen in Städten, Gemeinden und Kreisen mit insgesamt 10 Mrd. €.

Parallel dazu setzt die neue Koalition mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auch wichtige konjunkturelle Impulse. Von den damit verbundenen Steuermindereinnahmen werden die Gemeinden im Jahr 2010 insgesamt 0,86 Mrd. € tragen, der Bund hingegen 3,86 Mrd. €. Vom Wachstumsimpuls profitieren alle.

Die Koalition will darüber hinaus die Kommunalfinanzen auch mit strukturellen Eingriffen stabilisieren. Ziel ist die Neuordnung der Gemeindefinanzierung. Diese soll auch die konjunkturabhängige Gewerbesteuer unvoreingenommen überprüfen. Denkverbote helfen nicht weiter.

Kommentar Peter Götz MdB



Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist mit dramatisch sinkenden Steuereinnahmen auch in den Kommunen angekommen. Es geht dabei um Größenordnungen, die durch klassische Ausgabenkürzungen nicht aufgefangen werden

können. Das gleiche gilt für die Länder und den Bund, der sich allein in diesem Jahr um 85,8 Mrd. € neu verschulden muss.

Das ist eine Größenordnung, wie sie es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Ein Ausgleich kann hier nicht erwartet werden. Es darf aber auch keine einseitige Lastenverschiebung zu den Kommunen geben.

Eine Lösung der Probleme ist nur mit einer gezielten Arbeitsmarkt- und Wachstumspolitik möglich. Wachstum generiert Arbeitsplätze sowie Einnahmen bei Steuern und in den Sozialversicherungen. In den drei Wachstumsjahren 2006 bis 2008 konnten die Kommunen einen Überschuss von 18,9 Mrd. € erwirtschaften. Sie konnten damit beginnen, ihren Investitionsstau abzubauen und ihre Schuldenlast zu reduzieren.

Da müssen wir wieder hin. Das geht nicht mit Schuldzuweisungen, sondern nur in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen.



Die AG Kommunalpolitik als Forum der Kommunen. Hier (v.l.): Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Peter Götz MdB, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Prof. Dr. Hans-Günther Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags. (Foto: Gaby Grabowsky)

Mehr kommunale Investitionen dank Konjunkturpaket II

Das Zukunftsinvestitionsgesetz wirkt vor Ort

Das Konjunkturpaket II hat sich im Jahr 2009 für die Menschen in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen positiv ausgewirkt. Für 2009 ist davon auszugehen, dass die kommunalen Investitionen um rund 5 Prozent angestiegen sind.

Da die 10 Mrd. Euro Bundesmittel zusammen mit den Zuschüssen der Länder vor allem in Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten fließen, tragen sie erheblich zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur vor Ort bei. Außerdem sichern die Investitionen im Baugewerbe und im Handwerk wertvolle Arbeitsplätze.

Durch die weitsichtige Investitionsorientierung führt ein hoher Anteil der Ausgaben nicht nur

heute, sondern auch in der Zukunft zu Erträgen vor Ort. Ein Beispiel dafür ist der Schwerpunkt energetische Sanierung kommunaler Einrichtungen. Von diesen Maßnahmen profitiert nicht nur die Umwelt. Sie kommen auch den Kommunen selbst zugute. Eine energetisch sanierte Schule spart Betriebskosten. Die staatlich geförderten Investitionen führen damit nicht in erster Linie zu Folgekosten, sondern entlasten in wenigen Jahren die kommunalen Haushalte.

Ein Teil des großen Nachholbedarfs bei kommunalen Investitionen kann damit abgebaut werden.

CDU-Bundesvorstand beschließt Berliner Erklärung

Kommunale Verankerung der CDU unterstrichen

Der CDU-Bundesvorstand hat in seinem Beschluss anlässlich der Klausurtagung am 14. und 15. Januar 2010 klargestellt, dass die CDU eine schnelle Verständigung mit den Ländern über die Betreuung von Langzeitarbeitslosen anstrebt. Die Kompetenzen vor Ort sollen genutzt werden. Die Union wird zusätzliche Belastungen für Kommunen vermeiden und sicherstellen, dass die Kommunen auch in Zukunft finanziell handlungsfähig bleiben.

Als größte Volkspartei in unserem Land ist die CDU nicht zuletzt durch die Arbeit unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in unserer Gesellschaft fest verwurzelt. Angesichts immer schnellerer Veränderungen und einer gewachsenen Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe sind beständige Anstrengungen unserer Partei auf allen Ebenen erforderlich, um diese feste Verankerung in der Gesellschaft zu erhalten.

Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren

Handlungsdefizit bei den Kommunen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schätzt den aktuellen Bedarf für Betreuungseinrichtungen höher ein, als der Bund dies im Jahr 2007 im Zusammenhang mit der Gesetzesinitiative der damaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen ermittelte. Damit unterstreicht der kommunale Spitzenverband den zunehmend sichtbar werdenden Handlungsdruck in den Rathäusern vor Ort. Er belegt zugleich, dass die unionsgeführte Bundesregierung mit dem Kinderförderungsgesetz inhaltlich genau richtig lag und trotz schwieriger Haushaltslage des Bundes unverzüglich Finanzmittel zum Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stellte.

Es ist unstrittig, dass Kinderbetreuung eine kommunale Aufgabe ist. Seit Jahrzehnten findet ein gesellschaftlicher Wandel unter den Vorzeichen von wachsender Mobilität und Individualisierung statt. Die Entscheidung für Kinder wird zunehmend auch im Zusammenhang mit Betreuungsmöglichkeiten und der damit verbundenen Vereinbarkeit von Kindern und Beruf gesehen.

In vielen Kommunen wurde der Handlungsbedarf erkannt und früh mit dem Aufbau entsprechender Kinderbetreuungsstrukturen begonnen. Vielfach wurden die Prioritäten auch an-

ders gesetzt und der Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahre weiterhin stiefmütterlich behandelt.

Das offensichtliche Missverhältnis zwischen Bedarf und Angebot im Bereich der Kinderbetreuung wurde 2007/2008 von der früheren Bundesfamilienministerin von der Leyen behertzt aufgegriffen. Im Gegensatz zu den nicht gegenfinanzierten und deshalb erfolglosen Versuchen der rot-grünen Vorgängerregierung ist der Bund unter Führung der Union bereit, auch finanziell zu helfen.

In Bundeskanzlerin Angela Merkel fand Bundesministerin von der Leyen eine wirksame Unterstützerin. Im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Gerhard Schröder, der den Politikbereich „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ pauschal als „Gedöns“ einstufte, war die unionsgeführte Bundesregierung bereit, sich an den anfallenden Kosten für die Jahre 2009 bis 2013 mit insgesamt 1,85 Mrd. Euro und anschließend für die laufenden Kosten mit jährlich 770 Mio. Euro zu beteiligen. Voraussetzung dafür war und ist, dass auch die Länder und die verantwortlichen Kommunen ihren Teil für die Bewältigung dieser gesellschaftspolitisch wichtigen kommunalen Aufgabe beisteuern!

Kommunales beim IT-Gipfel der Bundeskanzlerin

eGovernment vor Ort

In der Sitzung der AG Kommunalpolitik vom 15.12.2009 berichteten die kommunalen Spitzenverbände über den IT-Gipfel der Bundeskanzlerin vom 8.12.2009 in Stuttgart. Franz Reinhard Habel, Sprecher des DStGB, erläuterte, dass bereits im Koalitionsvertrag der IT-Bereich ernsthaft aufgegriffen worden sei. Vor dem Hintergrund des IT-Gipfels würdigte er das klare Bekenntnis der Bundeskanzlerin zum flächendeckenden Breitbandausbau. Ohne Breitband sei eine Entwicklung der ländlichen Regionen in Deutschland nicht möglich. Bis zum Sommer 2010 werde die Bundesregierung konkrete Pläne vorlegen, wie auch dünn besiedelte Regionen mit schnellen Netzverbindungen versorgt werden können. Die Ausbaukosten in der Fläche betragen bei einer Übertragungsrate von 50 MB insgesamt rund 40 Mrd. Euro. Gemeinden müssten sich zusammenschließen, um Regionen oder Kreise anzuschließen. Die Wirtschaftlichkeit müsse als Anreiz zum Ausbau für die Anbieter

sichergestellt werden. Die Regulierungspolitik müsse hier ansetzen. Die Förderprogramme müssten entbürokratisiert und besser aufeinander abgestimmt werden. Zur Arbeitsgruppe III (eGovernment) unter der Federführung des Bundesinnenministers sprach Habel das Problem der Sicherheit im Netz an. Der elektronische Personalausweis sei technisch möglich. Mit Mitteln des Konjunkturprogramms werde eine Einführungskampagne mit 2 Mio. Lesegeräten gestartet. Dazu müssten 5.500 Meldestellen qualifiziert werden. Das Projekt deMail gewährleiste eine sichere Übertragung von Nachrichten. Nutzer müssten sich akkreditieren, der Nachrichtentransport sei verschlüsselt. Tests in regionalen Pilotprojekten (Friedrichshafen, Berlin, Hessen) zeigten Erfolge. Die Gesundheitskarte hingegen sei weiter im Verzug. Die Behördenrufnummer 115 habe mit circa 1 Million Anrufer gute Erfahrungen gemacht. Jetzt müssten weitere Behörden und Gebietskörperschaften angeschlossen werden.

Vor dem Hintergrund der Energieeffizienz und des Ziels eines geringeren Stromverbrauchs „GreenIT“ ging er abschließend auf den Aufbau intelligenter Netze unter kombinierter Nutzung von Strom- und Telefonkabeln ein.

Dr. Kay Ruge, Beigeordneter DLT, erläuterte, dass der flächendeckende Breitbandausbau dank der Bemühungen der Bundesregierung und der politischen Zielsetzung im Koalitionsvertrag auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel sei. Entgegen anderslautenden Vorstellungen sei die erhoffte Wertschöpfung in der Fläche nicht mit einer Übertragungsrate von einem Megabyte zu erzielen. Vielmehr seien technische Lösungen notwendig, die 50-100 Megabyte übertragen könnten. Infrastrukturell seien dazu grundsätzlich Glasfaserkabel anzustreben, wenngleich gute Funklösungen als Überbrückungstechnologie akzeptabel seien. Der Landkreistag forderte eine Flexibilisierung der Förderrichtlinien betonte die Bedeutung kreisweiter Lösungen.

Dr. Helmut Fogt, Beigeordneter DST, ging auf die fortgeschrittene Durchdringung der Bevölkerung durch das Internet ein. Die öffentlichen

Verwaltungen hätten rasch verstanden, dass eine bloße Abbildung der Verwaltungsvorgänge dieser Entwicklung nicht gerecht werde. EGovernment gehe deshalb zu Recht häufig mit Entbürokratisierung und Verwaltungvereinfachung einher. Wenngleich die Kommunen eine gewisse Vorreiterrolle im Bereich eGovernment eingenommen haben, so sei das Angebot vor Ort durchaus verbesserungsfähig. Die Online-Verfahren seien vielfach zu kompliziert und enthielten zu wenige Bedienungsfunktionen. Das Ziel seien moderne Standards, wie sie auch von Versicherungen und anderen Dienstleistern angeboten würden. Insellösungen seien nicht zielführend. Vielmehr gelte es, regionale oder landesweite Lösungen anzustreben. Bundesweite Projekte hätten gezeigt, dass die Teilnahme vieler Partner Schwierigkeiten mit sich bringe, wie zum Beispiel das Online-Verfahren für Gefahrgutanmeldungen.

Ein IT-Nutzungszwang mache für große Lösungen Sinn. Wichtig sei jedoch die Abstimmung mit den Kommunen. Fogt begrüßte die Einrichtung eines IT-Planungsrates.

Herausgeber: Peter Altmaier MdB, Stefan Müller MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion | 11011 Berlin

info@cducsu.de | www.cducsu.de

V.i.S.d.P.: Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik | Peter Götz MdB

Redaktion: Dr. Harald Bauer | Telefon (030) 227 52962